

Recht und Gerechtigkeit entstehen nicht im Selbstlauf

Interview mit dem Präsidenten des Ostdeutschen Kuratoriums
von Verbänden e. V., Prof. Dr. Siegfried Prokop

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Prokop, wir danken Ihnen für die Möglichkeit, Sie für die Leser von **ISOR aktuell** und unsere Internetseite www.isor-sozialverein.de zu aktuellen Problemen befragen zu können. Sie kennen ISOR e.V., hatten schon mehrfach Kontakte zum Vorstand. ISOR e.V. ist Mitglied des von Ihnen geleiteten Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V., einer Ihrer Stellvertreter als Vizepräsident ist Dr. Gerhard Dylla, gleichzeitig Vorstandsmitglied der ISOR e.V.

Frage: Welche Bedeutung messen Sie der Mitgliedschaft von ISOR e.V. im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden bei?

ISOR hat sich von Anfang an gegen die politische Diskriminierung in Ostdeutschland gewandt, die auch in der Verletzung sozialer Rechte von sozialen Großgruppen zum Ausdruck kommt. Als Verband hatte ISOR sehr früh begriffen, dass soziale Interessen in der Zivilgesellschaft artikuliert werden müssen. Recht und Gerechtigkeit entstehen nicht im Selbstlauf. So war es nur natürlich, dass ISOR die Bemühungen der GBM unterstützte, ostdeutsche Sozialverbände zu vernetzen. ISOR beteiligte sich aktiv am ersten Ostdeutschen Bundeskongress der Verbände, an der Ausarbeitung der Ostdeutschen Memoranden 1992 und 2003 und zählt zu den aktivsten Mitgliedern im Kuratorium Ostdeutscher Verbände.

Frage: ISOR vertritt die Interessen von Angehörigen ehemaliger Versorgungssys-

teme der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR, darunter viele ehemalige Mitarbeiter des MfS/AFNS. Sie sind auch nach 14 Jahren besonderen politischen und sozialen Ausgrenzungen und Diskreditierungen ausgesetzt. Sehen Sie darin irgendwelche Probleme für das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden?

Ich hielt die geradezu neurotische Ausgrenzung des Personenkreises der bewaffneten Organe und des Zolls der DDR nach der Herstellung der Einheit für falsch. Konrad Adenauer hatte schon am 7. September 1956 in völkerrechtsverbindlicher Form für die Bundesrepublik erklärt, dass nach einer Wiedervereinigung Deutschlands niemand wegen der bloßen Zugehörigkeit zu Behörden oder Organisationen eines Teils Deutschlands verfolgt und diskriminiert werden dürfe. Adenauers Enkel Helmut Kohl war mit solcher Klugheit nicht gerade gesegnet. Gerhard Schröder wohl auch nicht, falls er uns nicht noch in der ihm verbleibenden Zeit eines anderen belehrt.

Dass es im Bereich z.B. des MfS auch Verstöße gegen die Rechtsordnung der DDR gab, steht auf einem anderen Blatt. Sofern solche Verstöße nicht schon vor 1989 geahndet wurden, musste das danach geschehen; allerdings nach Recht und Gesetz der DDR, wie das der Einigungsvertrag vorschreibt.

Frage: Die Mitglieder von ISOR e.V. haben mit besonderem Interesse die klare gesell-

schaftliche Analyse der Situation und die strategische Orientierung für Ostdeutschland im »Ostdeutschen Memorandum 2003« zur Kenntnis genommen, das am 31.05.2003 in Dessau der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Welche Bedeutung messen Sie diesem Grundsatzdokument für die längerfristige Tätigkeit des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden und dabei speziell der von ISOR e.V. bei?

Das »Ostdeutsche Memorandum 2003« hat den Finger auf die wunden Stellen gelegt, und gezeigt, was im Osten noch alles im Argen liegt. Aufgabe der Mitgliedsverbände ist es, im Kreis der eigenen Mitglieder die Defizite wach zu halten und ihre Aktivität in die Veränderungsrichtung zu mobilisieren.

Frage: Angesichts des massiven Sozialabbaus im Rahmen der Agenda 2010 in Ost- und Westdeutschland stellt sich die Frage, ob ein spezielles Programm für die ostdeutschen Bundesländer einen Sinn hat, ob es die Betroffenen in ganz Deutschland nicht gegenseitig entsolidarisiert?

Die Diskriminierung in Ostdeutschland wurde von den Kräften des Neoliberalismus für den Sozialabbau in ganz Deutschland instrumentalisiert. Der Osten ist das Experimentierfeld dafür, was auch den Bürgern im Westen nach dem Ende des Sozialismus wieder an Armut und Entfremdung zugemutet werden kann. Ost- und Westdeutsche wären gut beraten, wenn sie sich nicht gegeneinander ausspielen lassen würden. Für uns muss klar sein, dass das ganze Land unter solchen »Scheineliten« leidet, die für sich zweistellige Millionenbeträge als Traumgehalt eingestellt haben und für andere Massenarbeitslosigkeit organisieren.

Frage: Schlussfolgernd aus dem bisher Gesagten, welche unmittelbaren Aufgaben leiten Sie daraus für die Arbeit des Ostdeutschen Kuratoriums ab, welche konkreten Aufgaben würden Sie speziell ISOR e.V. zuweisen wollen?

Nach dem 1. November 2003, dem 3. April 2004 und dem Perspektivenkongress Mitte Mai 2004 zeigt sich die erfreuliche Tendenz einer Wiederaneignung von Politik durch die sozialen Bewegungen in ganz Deutschland. Die erfolgreiche Mobilisierung von vielen Bürgern sollte dazu führen, dass breite Bündnisse zwischen Gewerkschaften, Sozialverbänden und sozia-

► Fortsetzung auf Seite 2

Podiumsdiskussion zum Thema: »Ist der Widerstand der Iraker gegen die Besatzungsmächte legitim?«

Am Freitag, 18.06.04 um 19.00 Uhr im Haus der Demokratie,
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin.

Veranstalter: Europäisches Friedensforum, deutsche Sektion;
GBM e.V.; Internationale Liga für Menschenrechte;
Zeitschrift Ossietzky

Initiative Internationales Tribunal der Völker über die Aggression gegen den Irak – Auftaktkonferenz

Am 19.06.04, 9.30 Uhr im DGB-Haus
Keithstr. 1–3 in Berlin-Schöneberg.

Mitträger der Veranstaltung u.a. Bundesausschuss Friedens-
ratschlag; Europäisches Friedensforum, deutsche Sektion;
GBM e.V.; Internationale Liga für Menschenrechte;
Vereinigung demokratischer Juristen

In solidarischer Zusammenarbeit bündeln wir unsere Kräfte

Von Werner Schmidt, Vorsitzender der TIG Cottbus

Diese These ist schon seit mehreren Jahren Bestandteil der Führungskonzeption der TIG Cottbus. Deren praktische Umsetzung gehört zu unserer täglichen Arbeit, besonders der Mitglieder des Vorstandes. Resultierend aus individuellen Kontakten zu Vorständen und Mitgliedern anderer in Cottbus tätiger Vereine und Verbände hatte die TIG Cottbus erstmals im Herbst 2001 zu einer gemeinsamen Beratung eingeladen.

Damals konnten wir die Territorialorgane von acht Vereinen und Verbänden begrüßen, die der VS, des VDK, der GRH des DBwV Ost, der Kameradschaft ehemaliger Soldaten/Reservisten/Hinterbliebene (ERH), des BRH, der GBM, des Arbeitslosenverbandes sowie den Seniorenbeirat bei der Stadtverwaltung Cottbus.

Wir haben in den zurückliegenden Jahren gemeinsam

- in jedem Quartal eine Beratung durchgeführt, wobei die Verantwortlichkeit zwischen den Vereinen/Verbänden wechselte,
- Wahlveranstaltungen vorbereitet und durchgeführt,
- unsere Mitglieder für örtliche Veranstaltungen und Proteste mobilisiert,
- Widerspruchs- und Protestaktionen organisiert,
- an Buchlesungen und anderen Veranstaltungen teilgenommen, wie z.B. der des BRH zum ehemaligen Tag der DVP,
- an den Veranstaltungen der jährlichen Seniorenwoche teilgenommen, einschließlich des Seniorenballs des Seniorenbeirates der Stadt Cottbus.

Bei allen Gemeinsamkeiten galt stets ein Grundsatz, der da heißt: Die Eigenständigkeit der Arbeit der Vereine/Verbände wird nicht ange-tastet.

Es muss aber auch gesagt werden, dass nicht alles glatt und ohne Probleme lief. Hier und da muss schon mit dem sogenannten Fingerspitzengefühl an die Sache herangegangen werden, ohne dabei auf satzungsgemäße Grundsätze unserer Vereinsarbeit zu verzichten.

Das Thema der solidarischen Zusammenarbeit mit den Vereinen und Verbänden wurde zu einem ständigen Tagesordnungspunkt unserer monatlichen Vorstandssitzungen der TIG.

Es reicht auch nicht mehr aus, dass ein Vorstandsmitglied für diese Belange zuständig ist, sondern hier ist die Breite und das Engagement jedes Vorstandsmitgliedes erforderlich.

Im November 2003, unmittelbar nach der großen Anti-Kriegsdemonstration in Berlin, an

der auch einige Cottbuser teilnahmen, wurde von Vorstandsmitgliedern unserer TIG die Frage aufgeworfen, was tut sich in Cottbus? Diese Frage stellten wir auch an den VdK Kreisverband Cottbus und an den Stadtverband der Volkssolidarität.

Wenige Tage später gab es auf Einladung des VdK mit allen anderen vorgenannten Vereinen/Verbänden eine Beratung zur Beantwortung unserer aufgeworfenen Frage. Daran nahm auch erstmals ein verantwortlicher Sekretär der Gewerkschaft ver.di teil.

Das Ergebnis – es wurde aufgerufen zur Schaffung eines »Bündnisses für soziale Gerechtigkeit«. Dieser Aufruf, der an den Kreisverband des DGB, an weitere Gewerkschaften, an Frauenverbände und kirchliche Einrichtungen weitergeleitet wurde, fand entsprechend Gehör und Zustimmung. Nicht alle sagten sofort ja zu diesem Vorhaben, insbesondere als es um konkrete Handlungen des Bündnisses ging. Man braucht eben in diesen Fragen auch etwas Geduld und Überzeugungskraft.

Immerhin haben an den bisher fünf gemeinsamen Beratungen Vertreter von 16 Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden am Tisch gesessen und über Grundfragen des Ringens um soziale Gerechtigkeit gegen die Reformen der rot-grünen Regierung gesprochen.

Was ist das bisherige Ergebnis der letzten vier Monate:

Dem Bundestagsabgeordneten Wilfried Schreck (SPD), Wahlkreis Cottbus, wurde ein gemeinsamer Brief mit dem Protest gegen die sozialen Ungerechtigkeiten dieser Regierung zugeleitet. Als Anlage zu diesem Brief wurden gemeinsame Forderungen zu folgenden Komplexen erhoben:

- Wirtschaftliche Entwicklung und Kampf gegen Arbeitslosigkeit;
- Gewährleistung einer sicheren Altersversorgung;
- Gesundheitsreform ja, aber nicht auf Kosten der sozial Schwachen;
- keine Zulassung von Änderungen an der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit;
- Forderungen zu Alternativen bei dem geplanten Abbau des Zivildienstes;
- Forderungen nach einem Antidiskriminierungsgesetz/Leistungsgesetz;
- Spezielle Forderungen zur Sicherung der Gleichberechtigung der Frauen.

Mit diesem komplexen Forderungsprogramm wurde eine wichtige Grundlage für die Arbeit des Bündnisses geschaffen. Natürlich ist es ergänzungswürdig wie z.B. im Bereich der Bildung/Ausbildung usw.

Schon jetzt ist vorgesehen, dass der Bundestagsabgeordnete Schreck zum gegebenen Zeitpunkt zu einer Beratung des Bündnisses eingeladen wird, um zu erklären, wie er mit diesem Forderungsprogramm umgeht.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass durch die Mitglieder des Bündnisses viele Teilnehmer zur Großveranstaltung in Berlin am 3.4.04 mobilisiert wurden und auch selbst teilnahmen.

Die Arbeit geht nun weiter, wobei sicher die Organisation neuer Aktionen z.B. zu den bevorstehenden Wahlen auf Landesebene im Mittelpunkt stehen werden.

Gearbeitet wird zur Zeit an einer schriftlichen Fixierung der Merkmale und Zielstellungen des Bündnisses und der Beantwortung der Frage, was wollen wir mit diesem Bündnis in Cottbus oder zentral erreichen. Die Mehrzahl der bisherigen Teilnehmer betrachtet es als einen freiwilligen Zusammenschluss von Bürgern, Vereinen, Verbänden und Einzelgewerkschaften, als ein lokales Bündnis, welches konfessionell, weltanschaulich und parteipolitisch unabhängig ist.

► Fortsetzung von Seite 1

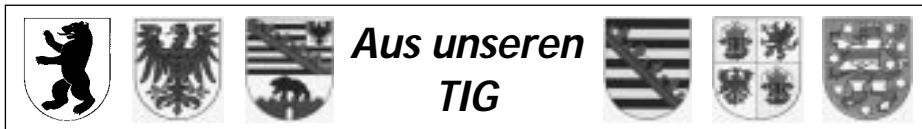
Recht und Gerechtigkeit ...

len Bewegungen entstehen. Erforderlich ist ein breiter Widerstand gegen den Sozialabbau, sowohl im Rahmen der »Agenda 2010« der Regierung Gerhard Schröder als auch der »schwarzen Agenda« der Opposition unter Angela Merkel/Edmund Stoiber. Die Zeit der Isolierung und Marginalisierung der Widerstandspotenziale muss in unserem Lande endlich der Vergangenheit angehören. Dabei ist das Kunststück fertig zu bringen, unsere traditionellen Forderungen nach endgültiger Beseitigung des Rentenstrafrechts und der Versorgungsungerechtigkeit mit denen gegen weitere massive soziale Verschlechterungen zu verbinden.

Vor allem die drohende Einführung der 42-Stunden-Woche würde das ganze Land in eine Früh-Zeit zurückwerfen. Bekämpft werden muss auch, dass die Arbeitslosenhilfe abgeschafft und die Zumutbarkeitsregeln verschärft werden. Das Rad der Geschichte darf nicht noch weiter zurück gedreht werden.

Vielen Dank für Ihre optimistischen Aussagen und die lobende Anerkennung der Arbeit von ISOR e.V. Wir wünschen Ihnen für Ihre verantwortungsvolle Tätigkeit viel Erfolg und Gesundheit.

Die Fragen stellte Dr. W. Stuchly, Pressesprecher der ISOR e.V.



Auf Initiative der fünf TIG von **Lichtenberg** und **Hohenschönhausen** wurde am 13. Mai 2004 ein »Bündnis für soziale Gerechtigkeit« Berlin-Lichtenberg/Hohenschönhausen gegründet. Dem Bündnis gehören die ortsansässigen regionalen bzw. im Ostdeutschen Kuratorium vertretenen Sozialverbände und Vereine, Gewerkschaften und andere soziale Interessengruppen an.

Die bei der Gründungsversammlung anwesenden Vertreter der GBM, VS, BRH, VVN, GRH, ISOR, DBwV, BDA, Gewerkschaft ver.di, DGB sowie AG Seniorenpolitik Hohenschönhausen haben übereinstimmend ihre Bereitschaft bekundet, in solidarischer Gemeinschaft den Kampf gegen Sozialabbau zu führen.

Eine gemeinsame Erklärung mit den inhaltlichen Schwerpunkten und Zielen des Bündnisses wurde von den Teilnehmern als Arbeitsgrundlage bestätigt. In der gemeinsamen Sitzung im Juni 2004 ist dazu eine endgültige Beschlussfassung vorgesehen.

Das »Bündnis für soziale Gerechtigkeit« wird nach außen und zur Koordinierung der Aufgaben durch einen Sprecherrat vertreten.

Lothar Haugk



Der Vorstand der TIG **Berlin-Köpenick** lud Mitglieder der Basisgruppen unserer TIG sowie Sympathisanten der ISOR zu einer Wochenendfahrt in den Naturpark Böhmisches Schweiz ein. In Abstimmung mit dem Reiseveranstalter tuk (touristik und kontakte international) wurde ein umfangreiches Programm erarbeitet, was den Wünschen und Erwartungen der Teilnehmer entsprach (u.a. Tagesfahrt nach Liberec, Fahrt auf den Jested, Fahrt zum größten Felsentor Europas, dem Prebischtor, Tanzabend, Böhmisches Schlachtfest u.v.m.). Obwohl es das Wetter nicht immer gut mit uns meinte, war die Wochenendfahrt insgesamt eine gelungene Veranstaltung. Die Teilnehmer brachten zum Ausdruck, dass derartige Veranstaltungen auch dem weiteren Zusammenhalt und der Solidarität unserer Mitglieder im Kampf um Rentengerechtigkeit dienen.

Dieter Uhlemann



Der Vorstand der TIG **Berlin-Treptow** hat sich mit einem Schreiben an die Fraktion der PDS der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg von Berlin gewandt, in dem sie diese aufforderte, »Ihren Beschluss (hinsichtlich der Anbringung einer Tafel an das ehem. Dienstgebäude des MFS in der Normannenstr. (vgl. auch **ISOR aktuell** 2/04, Seite 6 »Der

Vorstand teilt mit« – d. Red.) zu überdenken und den politischen Fehler zu korrigieren, in dem die Informationstafel mit dem jetzigen Inhalt beseitigt wird.«



Am 22. April 2004 führte die TIG **Rostock** eine Mitgliedervollversammlung durch. Als Hauptredner hatten wir den Vorsitzenden Horst Parton gewonnen. Auch die Vereinsfreunde Prof. Dr. Horst Bischoff und Siegfried Felgner vom Vorstand und Vertreter der TIG Bützow, Greifswald, Kühlungsborn, Ost Vorpommern, Stralsund, Ribnitz-Damgarten und Wismar nahmen an unserer Zusammenkunft teil.

Zunächst wies der Vorstandsvorsitzende unserer TIG, Freund Grohmann, darauf hin dass wir in der Zukunft weitere Mitglieder für unsere Initiativgemeinschaft gewinnen müssen. Dabei sollten vorrangig Bekannte aus dem früheren Tätigkeitsbereich angesprochen werden.

Vereinsfreund Parton führte unter anderem aus, dass auf Grund des ständig spürbaren Sozialabbaus durch die gegenwärtige Regierungskoalition die Solidarität zwischen unseren Mitgliedern einerseits und den TIG sowie den lokalen Sozialverbänden andererseits weiter ausgeprägt werden muss. Unsere Aufgabe ist es, uns unbeliebt zu machen und einen beharrlichen Widerstand zu entwickeln, um die gegenwärtig und zukünftig Regierenden zu Veränderungen zu veranlassen, die weitestgehend unsere berechtigten Forderungen erfüllen.

Er hob in seinen weiteren Ausführungen hervor, dass wir in unserem gerechten Kampf auch bereit sein müssen, Kompromisse einzugehen. Wir sollten uns stets darüber im Klaren sein, dass juristische Erfolge nur durch mehr politisches Wirken unserer Vereinsfreunde erzielt werden können.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Vereinsvorsitzenden unterstrichen. Weiterhin wurde hervorgehoben, dass wir in unserem Kampf gegen Rentenungerechtigkeiten auch gegen Intoleranz, aber vor allem gegen Anpassung an die Politik der Regierenden, eintreten müssen und zwar mit wissenschaftlich fundierter Argumentation und mit Konsequenz.

Ich nehme an, dass unsere Zusammenkunft den fast 280 Anwesenden eben so viel gab wie mir, nämlich Zuversicht und die Gewissheit, dass »Einigkeit macht stark« nach wie vor gilt.

Horst Külüß



Zu ihrer Versammlung am 24.05.2004 konnten die Mitglieder der TIG **Neustrelitz** den Vorsit-

zenden des Sozialausschusses des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, Torsten Koplin, begrüßen. Einer Einladung gefolgt waren auch Vertreter der Ortsverbände des BRH, des Sozialverbandes Deutschland und der Volkssolidarität. In einer lebhaften gemeinsamen Diskussion wurde der gegenwärtige Sozialabbau der Bundesregierung kritisch gewertet und die AGENDA Sozial als Alternative dargestellt. Die PDS-Fraktion im Landtag wird weiterhin unseren Kampf gegen Rentenunrecht unterstützen und mit vielfältigen Aktivitäten versuchen Abgeordnete anderer Parteien und Länder zur Beseitigung der noch bestehenden Rentenungerechtigkeiten zu gewinnen.

Bernd Möller



In unserer Mitgliederversammlung der TIG **Marienbergl/Zschopau** im Monat Mai 2004 informierte der Vorsitzende der TIG M. Herrmann über den aktuellen Stand unseres politischen und juristischen Kampfes gegen alle Formen des sozialen Kahlschlags in unserem Staat. Die Initiative des Vorstandes der ISOR (siehe **ISOR aktuell** 4/04) verstärkt unterstützend, wurden an den Bundeskanzler, die Bundestagsabgeordnete im Mittleren Erzgebirgskreis sowie die Bundesministerin für Gesundheit und soziale Sicherung, die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten Helga Kühn-Mengel, den Petitionsausschüssen des Bundestages und des Sächsischen Landtages Schreiben gesandt. In diesen wird u.a. zum Ausdruck gebracht, dass wir den Fortbestand von Strafrechten und die andauernde Verletzung des Artikel 1 (Menschenwürde), Artikel 3 (Gleichheitsgrundsatz), Artikel 14 (Schutz des Eigentums und der Wertneutralität als Grundsatz im deutschen Sozialrecht) 14 Jahre nach der deutschen Einheit trotz der Verfassungsgerichtsurteile vom 28. April 1999 für unerträglich finden. Es wurde die Unfähigkeit des Gesetzgebers kritisiert, endlich Rechtsfrieden und Rechtsgleichheit im vereinten Deutschland zu schaffen.

Martin Herrmann



Auf der Grundlage des Beschlusses unseres ISOR-Vorstandes vom 26.11.2003 hat sich unser TIG-Vorstand **Weißenfels/Burgenlandkreis** wiederholt mit der Problematik zur Gewinnung neuer Mitglieder aus den rentennahen Jahrgängen befasst.

Wir haben eine Arbeitsgruppe unter Leitung eines Vorstandsmitgliedes gebildet, der aus jedem Altkreis ein Mitglied angehört. Als das komplizierteste Problem erweist sich noch immer, die Kontakte zu den Kandidaten herzustellen, die von ihrem einstigen Arbeits- und Wohnort in die verschiedensten Bundesländer wechseln mussten.

Wir haben dann das ND-Interview unseres ISOR-Vorsitzenden Horst Parton und einen

»Offenen Brief« unseres TIG-Vorstandes dem jeweiligen Kandidaten zugestellt. Bei den nachfolgenden individuellen Aussprachen – in der Regel mit Beteiligung der Ehefrauen – zeigte sich, dass es durch die beiden Materialien keine grundsätzlichen Probleme mehr zu klären gab.

Übereinstimmend brachten bisher alle neuen Mitglieder zum Ausdruck, dass sie jetzt eine kompetente Beratung und Vertretung zum Rentenstrafrecht an ihrer Seite wissen und durch ihre Mitgliedschaft die Solidarität mit zu stärken bereit sind.

Auf Grund dieser individuellen Methode mit der Anwendung des ND-Interviews konnten wir bisher in den Monaten April/Mai dreizehn neue ISOR-Mitglieder werben. Auch durch die wenigen Enttäuschungen lassen wir uns nicht entmutigen, die individuellen Gespräche gezielt fortzusetzen.

Herbert Kühling



Am 18. Mai trafen sich auf Initiative des Landesbeauftragten, der Vorstandsmitglieder und Betreuer der TIG Schwerin, Vertreter der TIG der Umkreise sowie die Vorsitzenden und Vertreter der mit uns solidarisch kämpfenden Verbände und Vereine (Bundeswehrverband Kameradschaft Schwerin, BRH, GBM, GRH) mit dem Landesvorsitzenden der SPD und Minister der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Till Backhaus, zu einem Gespräch.

Über die »Agenda 2010« hinaus stand vordergründig die Politik des Sozialabbaus im Mittelpunkt. Es wurde die breite Palette des aktuellen sozialen Kampfes um Rentengerechtigkeit sowie gegen Rentenstrafrecht angesprochen. Die vorjährige Bundesrats-Initiative der SPD/PDS-Landesregierung konnte dabei gewürdigt werden. Der SPD-Landesvorsitzende betonte erneut, dass Rentenrecht nicht mit Strafrecht vereinbar ist. In den politischen Bundesgremien ließen sich jedoch bislang keine Mehrheiten zur Überwindung bestehender Rentenungerechtigkeiten, insbesondere des Rentenstrafrechts, finden. Er forderte deshalb die Anwesenden auf, weiter und unbeirrt um ihre Rechte zu kämpfen.

Dazu wurde in der Diskussion unterstrichen, dass dafür weitere politische und juristische Aktivitäten notwendig sind. Seit nunmehr 14 Jahren nach der staatlichen Wiedervereinigung gelten zwar von Anfang an gleiche Preise, Kosten und Gebühren, jedoch auch geringere Löhne, Gehälter und Renten für die Bürger der neuen Bundesländer. Die bisherigen Reformen der »Agenda 2010« im Gesundheitswesen, der Sozial- und der Pflegeversicherung sowie der Rentenentwicklung treffen vor allem die Rentner, während zeitgleich vorrangig

Großunternehmen, Besserverdienende und Reiche, einschließlich deren Lobby, selbst noch bei »Pleiten und Pannen« sich mit z.T. horrenden Abfindungen und utopischen Prämien belohnen.

In der Diskussion wurden zugleich auch eine Reihe gesamtstaatlicher Möglichkeiten für die Schaffung und Bereitstellung der für die sozialpolitischen Folgemaßnahmen erforderlichen Mittel aufgezeigt. Die Anwesenden betonten, die Wahlaussagen aller Politiker stets am eigenen praktischen Erleben zu messen und ihre persönliche Wahlentscheidung danach zu treffen.

Die SPD-Spitze des Landes Mecklenburg-Vorpommern, betonte Dr. Backhaus, ist auch künftig für weitere Sachgespräche mit ISOR e.V. und sozialen Verbänden offen.

Im Anschluss an die Gesprächsrunde stimmten die anwesenden TIG-Mitglieder und Gäste dem Aufruf des Vorstandes der TIG Schwerin für weitere Aktivitäten aller Mitglieder unserer

chend der Führungskonzeption, die auf den Ergebnissen der Mitgliederbefragung von vor zwei Jahren beruht und von der Vertreterkonferenz bestätigt wurde. Klar und deutlich rief er besonders alle Funktionäre, wie Vorstandsmitglieder, Betreuer und Kassierer auf, die durchaus vorhandene Unzufriedenheit, Empörung, ja Zorn und Wut der Basis in Proteste und Aktionen zu verwandeln und nicht zu Mutlosigkeit, Resignation oder Entsolidarisierung verkommen zu lassen. In unserem nun schon 14jährigen mühevollen Kampf erklären sich zeitweilige Ermüdungserscheinungen durchaus, doch rechtfertigen sie Hoffnungslosigkeit nicht. Vielmehr sind wir in unserer Überzeugung bestärkt, bis zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts konsequent stand zu halten. Gemeinsam mit den erstarkenden Bewegungen für soziale Gerechtigkeit gegen die Grausamkeiten der Agenda 2010 ringen wir um eine andere Politik, rütteln wir das Gewissen von Politikern wach, auch auf die Gefahr,

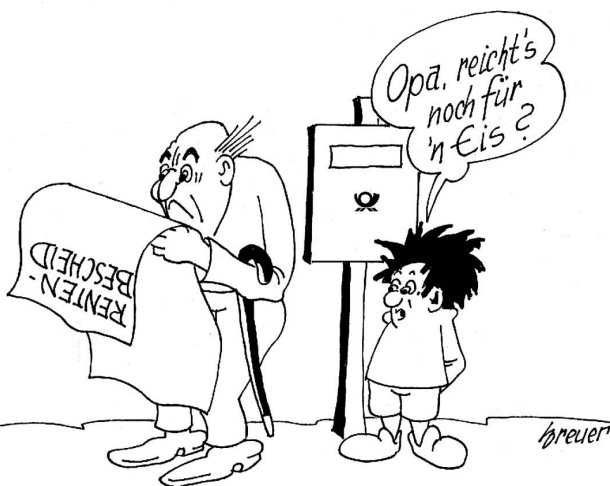
uns unbeliebt zu machen. Nur Esel duldesten stumm!

Der Referent würdigte die nicht nachlassenden Bemühungen des ISOR-Vorstandes und unseres Anwaltsbüros (siehe jüngste Briefaktion an die politischen Verantwortungsträger in der BRD und den Vorlagebeschluss des Berliner Sozialgerichts vom 26.4.04), die Rolle der Länder – in Mecklenburg-Vorpommern bestehen zu Parteien und Fraktionen der Regierungskoalition seit langem Verbindungen, die sich in deren ablehnender Haltung zum Rentenstrafrecht – vgl. z.B. Bundesratsinitiative – widerspiegeln. Betont wurde gleichermaßen das Gewicht der Basis, deren Unterstützung manchmal noch zu gering ist. Mit unserer zahlreichen Mitgliedschaft verfügen wir über ein beachtliches Potenzial, das sich beispielsweise bei den bevorstehenden Europaparlaments- und Kommunalwahlen am 13.6.04 mitentscheidend auswirken kann. Mit diesem unserem Pfunde sollten wir wuchern.

In der Aussprache und bei den abschließenden Festlegungen zeigte sich, wie die künftigen Vorhaben der TIG zu verwirklichen sind. Analysieren wir nüchtern realistisch ohne rosarote Brille die Situation, gehen wir offen und vertrauensvoll auf alle Freunde zu, so gewinnen wir sie zu vereinten Anstrengungen.

Zunächst werden wir in einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Bundeswehrverband und dem BRH Anfang Juni 2004 für die anstehenden Wahlen mobilisieren und Entscheidungshilfe geben. Hier werden sich Kandidaten von SPD, PDS und CDU für die Bürgerschaft der Stadt und das Europaparlament vorstellen sowie uns Rede und Antwort stehen.

Dr. Eberhard Pobbig



Zeichnung: Heinz Breuer, Waren

TIG im politischen Kampf gegen Rentenrecht/-strafrecht einstimmig zu. **S. Markgraf**



»Wechselnd bewölkt, örtlich auch Schauer«. So tönt z.T. nicht nur der Wetterbericht, so lässt sich zumindest bei einem Teil unserer Freunde auch das gegenwärtige Stimmungstief charakterisieren. Es zu überwinden, trug die TIG-Versammlung Greifswald am 11. Mai deutlich bei. Unterstützt von den ISOR-Spitzen aus den Nachbarkreisen Wolgast und Grimmen artikulierte die Veranstaltung den mehrheitlichen Willen unserer Solidargemeinschaft, in unserem Kampf nicht zu erlahmen. Denn wir bitten nicht um Almosen, sondern fordern unser Recht.

Siegfried Felgner, ISOR-Landesbeauftragter Mecklenburg-Vorpommern, verdeutlichte die demokratische Legitimation unserer politischen und juristischen Aktivitäten entspre-

Spionage für den Frieden?

Von Wolfgang Schmidt, Mitglied des Vorstandes

In der Jerusalem-Kirche in Berlin-Kreuzberg hatten sich am 07.05.2004 auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, des Vereins »Helle Panke« und der Alternativen Geschichtskommission der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde mehr als 200 Teilnehmer – darunter auch eine Delegation von ISOR – zu einer Konferenz versammelt, die sich mit dem Thema »Spionage für den Frieden?« beschäftigte. Die namhaften Historiker Stefan Doernberg und Siegfried Prokop, der Veteran der sowjetischen Aufklärung Oberst Witali Korotkow, (der sich ausdrücklich gegen die politische Strafverfolgung und das Rentenstrafrecht aussprach) der einstige Chief der CIA für Osteuropa Milton Bearden, Markus Wolf, Werner Großmann und Klaus Eichner von der Aufklärung und Wolfgang Schwanitz von der Abwehr des MfS, der Auswertungschef der Militäraufklärung der NVA Alexander Karin, die MfS-Kundschafter Rainer Rupp und Gabriele Gast, der westdeutsche Geheimdienst-Experte Erich Schmidt-Eenboom und der Geheimdienstchef Kroatiens, Sohn des 1999 verstorbenen Präsidenten Tjudman, referierten zum Thema. Ihre durchweg interessanten Ausführungen

werden derzeit in einem ausführlichen Konferenzbericht dokumentiert. »Neues Deutschland« und »junge Welt« sowie weitere Zeitungen haben berichtet.

Einig waren sich die Referenten darin, dass die Geheimdienste Dienstleister der Politik ihrer Regierungen sind, dass letztlich die Verwertung oder Negierung ihrer Erkenntnisse durch die politischen Führungen über den Nutzen geheimdienstlicher Arbeit entscheidet, nicht selten aber Geheimdienste systemübergreifend als Sündenböcke für Fehler der Politik herhalten müssen.

Wenn der Kalte Krieg in Europa nicht in einem atomaren Inferno endete und zahlreiche internationale Konflikte entschärft und beherrscht werden konnten, so haben dazu sicherlich auch realistische Einschätzungen von Geheimdienstlern auf beiden Seiten der Front ihren Beitrag geleistet. Ein Gleichheitszeichen zwischen den im Dienste der ehrlichen Friedenspolitik der DDR agierenden Geheimdienstlern und denen der CIA ist – wie auch im Konferenzverlauf deutlich wurde – dennoch nicht zu setzen. Die USA handeln seit mehr als hundert Jahren imperialistisch und haben seit

1945 allein 73 Kriege geführt. Milton Bearden bestätigte das subversive Wirken der CIA bezogen auf die Zeit des Niedergangs des sozialistischen Systems in Europa. Noch 1986 wurde in den USA über die Führbarkeit eines Atomkrieges mittels eines »Enthauptungsschlages« nachgedacht. Auch gegenwärtig sind nachrichtendienstlich gesteuerte Aggressionen der USA, u.a. in Venezuela oder gegen Kuba zu registrieren. Eine objektive Bewertung der Arbeit des MfS ist nur möglich bei Analyse der Probleme, gegen deren Wirken die DDR sich schützen musste, erklärte Dr. Wolfgang Schwanitz. Friedenssicherung bedeutete immer auch die Abwehr von subversiven Versuchen der inneren Destabilisierung. Die friedenssichernde Funktion des MfS kann deshalb nur als Einheit von Aufklärung und Abwehr verstanden werden.

Die Konferenz »Spionage für den Frieden?« bot eine Fülle von Diskussionsstoff, auch zur künftigen Rolle von Geheimdiensten. Sie illustrierte anschaulich die Kleingeisterei verantwortlicher Politiker der BRD im Umgang mit den ehemaligen Kundschaftern der DDR, wie auch ihrer nach nunmehr fast 15 Jahren immer noch fragwürdigen Praktiken gegenüber den ehemaligen Angehörigen des MfS, wovon das andauernde Rentenstrafrecht und die Strafverfolgung beredtes Zeugnis abgeben. Es zeigt sich: Nicht nur der wirtschaftliche Aufbau Ost ist bisher misslungen.

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 93. Geburtstag:

Elli Enderlein, Bln.-Hohenschönh.

zum 91. Geburtstag:

Karl Marquardt, Plauen

zum 90. Geburtstag:

Herta Bode, Magdeburg

Alfred Kalisch, Bln.-Hohenschönh.

Frieda Schneider, Cottbus

Hans Spieler, Freiberg

zum 89. Geburtstag:

Irma Baude, Bln.-Friedrichsfelde

Werner Fischer, Dresden

Friedrich Tenner, Bln.-Mitte

zum 88. Geburtstag:

Werner Seidel, Bln.-Mitte

zum 87. Geburtstag:

Hildegard Schürz, Senftenberg

Hans Krüger, Bln.-Pankow

zum 86. Geburtstag:

Walter Lange, Bln.-Treptow

Gustav Willmann, Aschersleben

Erich Walther, Strausberg

zum 85. Geburtstag:

Heinz Köhler, Bln.-Treptow

Gertrud Mühlporte,

Bln.-Hohenschönh.

Gerhard Rätzel, Magdeburg

Anna Marie Scheiner,

Bln.-Prenzlauer Berg

zum 80. Geburtstag:

Anita Bär, Bln.-Lichtenberg

Emma Beater, Bln.-Karlshorst

Heinz Bunger, Bln.-Prenzl. Berg

Alfred Horbach, Schwarzenberg

Rudolf Kröbel, Bln.-Mitte

Willy Nyffenegger, Dresden

Kurt Peukert, Potsdam-West

Hans Pfaff, Bln.-Köpenick

Alfred Rolletschek, Löbau

Charlotte Rabisch, Potsd.-Eiche

Anneliese Schuldt, Rostock

Hanni Sievert, Bln.-Lichtenberg

Walter Trunschke, Bln.-Prenzl. B.

Marianne Wähner, Dresden

Walter Wunderlich, Bln.-Köpenick

zum 75. Geburtstag:

Alfred Bärwolf, Gera

Werner Baier, Bln.-Köpenick

Irmgard Blechschmidt,

Potsdam/Waldstadt

Werner Börner, Mühlhausen

Gerhard Busse, Stendal

Gerhard Elies, Potsdam-West

Walter Feigl, Pößneck

Sigrid Franke, Bln.-Hohenschönh.

Günter GanBauge, Bln.-Friedrichsf.

Herbert Garde, Eichwalde

Gerhard Gensleben, Potsd.-Stern

Ernst Hampf, Strausberg

Werner Heinrich, Mahlow

Siegfried Hanko, Bln.-Prenzl. B.

Gerhard Heinig, Chemnitz

Heinz Hirschel, Saalfeld

Anita Illig, Frankfurt/Oder

Hans Jeserig, Potsdam-Mitte

Hans Kara, Cottbus

Erwin Klose, Strausberg

Fritz Komnick, Salzwedel

Ernst Knaak, Schwerin

Irene Krenz,

Hoppegarten b. Müncheb.

Ewald Krüger, Chemnitz

Heinz Kulling, Bln.-Hohenschönh.

Lieselotte Leikeb, Chemnitz

Erich Leiteritz, Freiberg

Prof.Dr.Horst Liebmann, Dargelin

Werner Lucius, Bln.-Karlshorst

Günter Mehlhorn, Gera

Gerhard Mischke, Kliestow

Kurt Möller, Magdeburg

Hans Müller, Dresden

Johannes Münch, Delitzsch

Ernst Niemann, Gardelegen

Gerhard Nichterlein, Jena

Walter Paul, Eilenburg

Walter Peschmann, Dresden

Inge Pooch, Erkner

Günter Redowski, Grünheide

Prof. Dr. Gerhard Rehwald,

Berlin-Mitte

Rudolf Richter, Dresden

Wolfgang Röhr, Bln.-Treptow

Fritz Rosch, Bln.-Hohenschönh.

Günter Rußbült, Bln.-Marzahn

Karl-Heinz Schmalfuß, Zeuthen

Günter Scholz, Strausberg

Ilse Schonnop, Bln.-Pankow

Karl Schreiter, Chemnitz

Manfred Schultze, Senftenberg

Gerhard Schulz, Rostock

Johannes Schur, Chemnitz

Werner Siegel, Schwarzenberg

Bernhard Sindermann, Werdau

Hermann Spies, Strausberg

Werner Stephan, Bln.-Köpenick

Ernst Tscheutzhler, Dresden

Gerd Veit, Bln.-Marzahn

Christa Wagenbreth, Bad Saarow

Gerda Wilke, Halle

Aus der Postmappe:

Anlässlich seines 75. Geburtstages am 11. Mai 2004 gedachten die ehemaligen Angehörigen des Grenzkommandos Pferdsdorf/Werra in einer würdigen Gedenkfeier des vor 53 Jahren von amerikanischen Söldnern erschossenen Kameraden, des ehemaligen Grenzpolizisten Herbert Liebs.

Gemeinsam mit Angehörigen des DBwV Eisenach wurde am Gedenkstein in Pferdsdorf das Leben des ehem. Grenzpolizisten gewürdigt. Zu dieser Veranstaltung waren wiederum alle noch lebenden Kameraden sowie die Schwester des ermordeten Herbert Liebs erschienen.

Bruno Haller, Berlin



Wie prekär die Situation hinsichtlich unserer hart erkämpften Renten ist, zeigt ein Interview, das der Ministerpräsident von Thüringen, Althaus, am 17. April der »Neuen Osnabrücker Zeitung« (NOZ) gewährte. Auf die Feststellung der Zeitung »Eine zunehmende Belastung für die Länder stellen die Zusatzrenten für Senioren dar, die in der DDR in die freiwillige Zusatzrentenversicherung eingezahlt haben oder Berufsgruppen mit Sonderrentenregelungen angehörten. Wie wirkt sich das konkret aus – und wie könnte der Bund hier helfen?«, antwortete Althaus: *Das ist ein sehr ärgerlicher Punkt. Als 1992 die Finanzierung der Sonderversorgungssysteme geregelt wurde, ging man davon aus, dass die daraus resultierenden Belastungen weniger als 15 Prozent ... der Zuweisungen für den Aufbau Ost ausmachen würden. Heute nehmen sie aber schon 30 Prozent in Anspruch ... Das ist von den Ländern nicht zu verkraften.*

Frage von NOZ: Und das würgt den Aufbau Ost in Teilen ab?

Althaus: Auf jeden Fall fehlt das Geld für Investitionen ...

Zeugt das nicht davon, dass wir uns als ISOR in nächster Zeit auf neue Kämpfe um unsere Gleichberechtigung einstellen müssen?

Ähnlich hat sich auch der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Böhmer, geäußert.

Ich möchte eindringlich auf die Äußerungen von Böhmer und kürzlich Althaus hinweisen,

die meiner Ansicht nach deutlich auf eine Senkung unserer hart erkämpften Renten abzielen.
Siegfried Mikut, GM-Hütte

Aus der Arbeit des Vorstands:

Am 26.5.2004 beriet der Vorstand die gegenwärtige politische und juristische Lage, insbesondere die Beurteilung der Reaktionen von Bundestagsabgeordneten auf unsere erneuten politischen Überlegungen zur Überwindung des Rentenstrafrechts.

Der Vorstand nahm Informationen des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter zu Gesprächen mit Dr. Gesine Loetsch (MdB) und Dr. Peter Michael Diestel entgegen. Im Monat Juni 2004 finden weitere Gespräche u. a. mit dem Stellv. Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Herrn Hacker sowie mit Mitgliedern des Bundesvorstandes der PDS statt. Mitglieder des Vorstandes der ISOR e. V. nehmen am Sozialgipfel des Landes Mecklenburg-Vorpommern am 03. 06. 2004 in Göhren teil.

Das Mitglied des Vorstandes Horst Hartkamp informierte über den Stand der Mitgliederbewegung in ISOR und die sich ergebenden Schlussfolgerungen.

Prof. Dr. Gruner übergab dem Vorstand eine von diesem in Auftrag gegebene Studie zur »Wertneutralität des Rentenrechts und ihre Verletzung gegenüber den ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR«.

Der Vorstand dankte den Autoren Prof. Dr. R. Gruner, Prof. Dr. W. Hellmann, Prof. Dr. E. Pachaly und Dr. R. Rothe sowie allen Vereinsfreunden, die an dieser Studie mitgearbeitet haben. Die Studie wird als Sachbuch veröffentlicht.

Von Mitglied zu Mitglied:

Ferienwohnungen in **Dreschwitz** auf Rügen, ruhige Lage, zwei sep. Schlafz., Wohnz., Küche, DU/WC – Tel.: 038306-21063



Hotel und Restaurant in Schönheide im **Vogtland** – EZ und DZ mF; Vereinszimmer für Familienfeiern – Tel: 037755 667930



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



ERICH BRAUN, Templin
HERTA BRETSCHNEIDER, Schwarzenberg
KARL-HEINZ BREYER, Löbau
ROLF EBELING, Bln.-Köpenick
GERHARD EBERL, Bln.-Hohenschönh.
HEINZ GÜNTZEL, Frankfurt/Oder
KLAUS HABICHT, Vatterode
MARLIES HEIDRICH, Ammelstädt
HEINZ HEMPEL, Bln.-Hohenschönh.
DIETER HORL, Magdeburg
ROLF HÜTHER, Bad Salzungen
WOLFGANG ISRAEL, Bln.-Köpenick
GÜNTER KLEINEN, Bln.-Hellersdorf
KARL-HEINZ KÖHLER, Bln.-Marzahn
WALTHER KOSCHEK, Wolmirstedt
WOLFGANG KUNZE, Bln.-Treptow
WALTER LINDNER, Luckau
RUDOLF LÜTER, Staßfurt
ERNST MARTERER, Bln.-Hellersdorf
JÜRGEN MEINHARDT, Dresden
WILFRIED NEUBERT, Frankfurt/Oder
JOHANNES RAMMLER, Schwarzenberg
HANS-JOACHIM RIEDICH, Bln.-Friedrichsf.
HEINZ RÜMMLER, Bln.-Friedrichshain
FRANZ SCHERBAUM, Gräfenhainichen
WERNER SCHMIDT, Klingenthal
MANFRED SCHULZ, Brandenburg
WALTER SCHWARZE, Zeitz
RICHARD SCHWEITZER, Potsdam-Babelsberg
PETER SPRINGER, Gräfenhainichen
GISELA SÜSS, Bln.-Köpenick
EDUARD SWITALA, Bln.-Niederschönh.
HELENE WEDEKIND, Bad Liebenst./Sorga
HELMUT WEHNER, Chemnitz
ANTON WOIDICH, Dresden

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 1.6.2004

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.6.2004

Einstellung im Internet: 3 Tage nach Redaktionsschluss.

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Dienstag 9 bis 12 Uhr

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 18 Uhr